



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2013

Zum Geleit

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ecclesia semper reformanda“ – die Kirche muss immer neu reformiert werden, ist ein am Gedenktag der Reformation Martin Luthers von 1517 gern genutzter Satz. Sein Ursprung liegt im Dunkeln. Manche schreiben ihn dem Kirchenvater Augustinus zu, der im 4. Jahrhundert gelebt hat. Andere nennen neuere, reformierte Quellen. Nichtsdestotrotz bleibt er wahr und gilt nicht nur für die Kirche. Er drückt unsere eigene Unfertigkeit mit und in der Welt aus und korrespondiert mit unserer Erfahrung, dass sich alles verändert und nichts bleibt. „Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt“, formulierte der Dichter Erich Fried. Aber gibt es denn dann gar nichts Verlässliches mehr, hat nichts Bestand, worauf können wir uns noch verlassen? Für Christen ist die Antwort einfach. Martin Luther hat sie schon vor knapp fünfhundert Jahren gegeben. Die Liebe Gottes und Gottes Wort, wie wir es in der Heiligen Schrift lesen können, sind das Fundament unseres Glaubens und unseres Lebens. Das ist unverrückbar. Diese Glaubensüberzeugung gibt Christen Rückhalt und Zuversicht, macht sie mutig und fröhlich in allen Dingen. Sie ist das Rüstzeug, mit dem Verände-

rungsprozesse gestaltet und Veränderungen bewältigt werden können.



Für alle Menschen in unserem Land sind Geist und Buchstabe des Grundgesetzes Garanten einer stabilen demokratischen Ordnung, wenn auch ohne Ewigkeitsanspruch. Die Bundestagswahl hat gerade wieder den Wunsch nach Stabilität bestätigt.



In der Evangelischen Kirche ändern sich Vorstellungen und Wünsche

über das Zusammenleben von Menschen. Mit der Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ vom 19. Juni wurde eine Debatte ausgelöst, die seither weit über die Kirche hinaus Widerhall findet. Davon lesen Sie in diesem Heft. Sie finden daneben Berichte über den Mitteldeutschen Kirchentag am 21./22. September in Jena und vom ersten EAK-Stammtisch am 7. Oktober in Erfurt. Zentrales Thema ist aber die Bildung. Was müssen wir bedenken, wenn wir künftig Bildung stärker von den Kindern her denken und gestalten? Wie hat sich unsere Bildungslandschaft in den vergangenen Jahren verändert? Wie können wir gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu den Bildungsangeboten sichern? Wie gestalten wir Inklusion kindgerecht? Diese und andere Fragen werden in verschiedenen Beiträgen beleuchtet.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre, freue mich auf Ihre Reaktionen und grüße Sie am Reformationstag 2013 herzlich

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Inhalt dieser Ausgabe:

„Paradise now? – Ihre Wünsche an die Politik“ 2	Inklusion vom Kind her denken –
Neue Herausforderungen für drei	Nicht alle Kinder sind gleich! 9
Landesvorstandsmitglieder 4	Vom Kind her denken –
Stammtischgespräche: Grenzen der Toleranz 4	Ansatzpunkte für gute Schulpolitik 10
Die Suche nach dem Familien-Leitbild –	Gute Schule in Thüringen: Die Union
Debatte um Familienpapier der EKD reißt nicht ab 5	weiß wie es geht. 12
Themenschwerpunkt Bildung	Wir über uns 3, 7
Ein Blick zurück: Bildung bei Meister Eckhart 8	Impressum und Kontakt 12

„Paradise now? – Ihre Wünsche an die Politik“

Evangelischer Arbeitskreis beim 2. Mitteldeutschen Kirchentag



Beim 2. Mitteldeutschen Kirchentag am 22. September in Jena präsentierte sich der Evangelische Arbeitskreis mit einem Informationsstand. Unter dem Motto „Paradise now? – Ihre Wünsche an die Politik“ suchten drei Landesvorstandsmitglieder, unter ihnen Landesvorsitzender Prof. Dr. Jens Goebel, am Bundestagswahlsonntag auf dem „Markt der Möglichkeiten“ das Gespräch mit den Kirchentagsbesuchern.



In Vorfeld führte der EAK eine Straßenumfrage durch (Siehe Kasten Straßenumfrage), die in einem Video zusammengefasst, am Stand gezeigt wurde. Das gab Impulse und erleichterte den Einstieg in die Gespräche. In den vielen Einzelgesprächen über „Gott und die Welt“ interessierten sich viele Menschen für die Arbeit des EAK innerhalb der

Thüringer Union und als Bindeglied zwischen Politik und Kirche. Auch einige prominente Kirchentagsteilnehmer konnte der EAK am Stand begrüßen: Allen voran Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht,



Straßenumfrage

Im Vorfeld des Kirchentags führte der Evangelische Arbeitskreis am 15. September vor der Erfurter Reglerkirche eine Straßenumfrage durch. Die vorbeikommenden Passanten wurden gefragt, was für sie das Paradies ist, was sie sich im Hier und Jetzt unter paradiesischen Zuständen vorstellen und was sie in diesem Zusammenhang von der Politik erwarten. Zusammengekommen ist dabei ein bunter Strauß von Antworten, teils originell und überraschend, aber immer aufschlussreich waren. Das Video der Straßenumfrage wurde in einer Endlosschleife am Stand des EAK beim Kirchentag gezeigt.

selbst engagiert für den EAK als Stellvertretende Bundesvorsitzende, und Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Aber auch der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Dr. Klaus Dicke, und der letzte Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Prof. Dr. Christoph Kähler, kamen mit dem EAK ins Gespräch.

Neben den Gesprächen wurden die Besucher des EAK-Stands gebeten, sich an einer Umfrage zum Thema



Paradise now? – Ihre Wünsche an die Politik

Eine Aktion des EAK Thüringen zum Kirchentag der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland am 22. September 2013

Antworten Sie bitte auf die folgenden Fragen mit Schulnoten

(Note 1 ≙ sehr gut, sehr wichtig, sehr stark; Note 5 ≙ ungenügend, gar nicht)

1. Wie wichtig ist Ihnen Politik? ① ② ③ ④ ⑤
2. Erfüllt die Politik Ihre Erwartungen? ① ② ③ ④ ⑤
3. Wie stark engagieren Sie sich selbst politisch? ① ② ③ ④ ⑤

Kirchentagsumfrage

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen befragte während des Mitteldeutschen Kirchentages am 22. September in Jena an seinem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten 102 Kirchentagsbesucher. Auf zwölf Fragen konnte mit Schulnoten von ‚1‘ für sehr gut, sehr wichtig, sehr stark bis ‚5‘ für ungenügend oder gar nicht geantwortet werden. So antworteten die Kirchentagsbesucher im Durchschnitt:

Frage	Note ()
1. Wie wichtig ist Ihnen Politik?	1,9
2. Erfüllt die Politik Ihre Erwartungen?	3,4
3. Wie stark engagieren Sie sich selbst politisch?	3,1
4. Wie zufrieden leben Sie in Deutschland?	2,1
5. Wie zufrieden leben Sie in Ihrem Ort?	2,1
6. Wie zufrieden leben Sie in Ihrer Kirchgemeinde?	2,2
7. Wie zufrieden leben Sie privat?	1,8
8. Hoffen Sie auf ein Paradies auf Erden?	3,4
9. Stärkt Gottvertrauen Ihre Zufriedenheit?	2,0
10. Kann man aus eigener Kraft alles erreichen?	3,2
11. Hat Politik auf Ihr Lebensglück Einfluss?	3,1
12. Vertrauen Sie den Politikern Ihrer Wahl?	3,0

des Kirchentags „Mit einem Fuß im Paradies“ zu beteiligen. In den zwölf Fragen wurde nach eigener Zufriedenheit und Gottvertrauen, Lebensglück und Paradies sowie zu den Erwartungen an Politik gefragt. 102 Besucher nahmen daran teil (Siehe Kasten Kirchentagsumfrage.). Diese gaben an, mit ihren Lebensumständen privat, in ihrem Ort und in Deutschland zufrieden zu sein. Dabei spielt Gottvertrauen eine wichtige Rolle. Die Hoffnung auf ein Paradies auf Erden war dabei weniger groß, wie auch die Wahrnehmung des Einflusses der Politik auf das eigene Lebensglück. Obwohl für die meisten Befragten Politik einen großen Stellenwert hat, so ist das Vertrauen in die Politik und die Politiker nicht sehr groß.



Das Resümee des Kirchentagssonntags fasst Prof. Goebel zusammen: „Viele interessante Gespräche, aufgeschlossene Besucher und neue Impulse für die weitere Arbeit des EAK sind Grund genug, dass der Evangelische Arbeitskreis auch in vier Jahren beim 3. Mitteldeutschen Kirchentag vertreten sein wird.“ ■

Wir über uns – Der Landesvorstand des Evangelische Arbeitskreises Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Erfurt), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Cornelia Eberhardt (Erfurt), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel), Siegfried Wetzel (Schleiz-Möschlitz) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Selle bei Bundestagswahl wiedergewählt – Hahn und Neubert in Thüringer Staatskanzlei

Neue Herausforderungen für drei Landesvorstandsmitglieder

Drei Mitglieder des Landesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises stehen vor neuen Herausforderungen. Am 22. September wurde Johannes Selle



Johannes Selle

als Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 191, Kyffhäuserkreis-Landkreis Sömmerda-Weimarer Land I direkt wiedergewählt. Für den studierten Diplom-Mathematiker beginnt nach 1994 bis 1998 und 2009 bis 2013 die dritte Legislatur im Deutschen Bundestag. Neben seinen vielfältigen politischen Verpflichtungen in Berlin und seinem Wahlkreis ist der dreifache

Familienvater kirchlich stark engagiert, beispielsweise in der evangelischen Allianz Deutschlands, als stellvertretender Gemeindegemeinderatsvorsitzender und Vorsitzender im Kirchförderverein St. Bonifatius in Großfurra.

Im Juni wurde Landesvorstandsmitglied Karl-Eckhard Hahn zum neuen Regierungssprecher der Thüringer Landesregierung ernannt. Der promovierte Historiker und Journalist arbeitete zuvor als Pressesprecher der CDU Landtagsfraktion. Der vierfache Familienvater ist ehrenamtlich in seiner Kirchgemeinde in Stotternheim bei Erfurt engagiert.



Karl-Eckhard Hahn Hildigund Neubert

Ebenfalls in die Thüringer Staatskanzlei wechselt Hildigund Neubert, deren zweite Amtszeit als Beauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Oktober zu Ende geht. Frau Neubert wird als Staatssekretärin in der Staatskanzlei für Europapolitik, Regionalpartnerschaften und bürgerschaftliches Engagement zuständig sein und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht unterstützen. Frau Neubert, seit 2012 Landesvorstandsmitglied des EAK Thüringen, engagierte sich 1989 in Berlin bei der Gründung des Demokratischen Aufbruchs und in der Friedlichen Revolution. Von 1997 bis 2003 war sie Mitarbeiterin des Bürgerbüro e.V. zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur. Seit Oktober 2003 ist sie als Landesbeauftragte tätig.

Der Wartburg-Kurier gratuliert im Namen aller EAK-Mitglieder der Thüringer Union recht herzlich und wünscht für die neuen Herausforderungen viel Kraft und Gottes Segen. ■

Stammtischgespräche: Grenzen der Toleranz

von Prof. Dr. Jens Goebel, Landesvorsitzender der Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Das Jahr 2013 markiert den Beginn der zweiten Hälfte der Lutherdekade. Über zehn Jahre bereiten sich evangelische Christen in Deutschland auf die fünfhundertste Wiederkehr jenes denkwürdigen Tages vor, an dem Martin Luther fünf- undneunzig Thesen für Veränderung und Umkehr in seiner Kirche an die Tür der Wittenberger Schlosskirche schlug. Das war die Geburtsstunde der Reformation. Sie liegt beinahe ein halbes Jahrtausend zurück. Seitdem ist neben der katholischen und den orthodoxen Kirchen eine bunte Vielfalt neuer Kirchen entstanden, von

denen die im Lutherischen Weltbund versammelten nur noch der kleinere Teil sind. Wie oft im Leben ist der Anreger einer neuen Entwicklung bald nur noch eine Stimme in einem großen Konzert.



Prof. Dr. Michael Krapp

Das Kuratorium der Lutherdekade hat für die Jahre von 2008 bis 2016 alljährlich Themen vorgeschlagen unter denen die Wirkungen der Reformation bis in unsere Tage beleuchtet werden können. 2013 heißt das Thema „Reformation und Toleranz“. Toleranz ist von zentraler Bedeutung für das Miteinander von Menschen aus ganz unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen, die in unserer immer enger zusammenrückenden Welt neben- und miteinander leben. Wie weit soll, wie weit muss Toleranz gehen, wo hat sie ihre Grenzen?



Reformation und Toleranz: Wie leben wir religiöse Toleranz in einer säkularen Gesellschaft?

EAK-Stammtisch am 7. Oktober 2013 in Erfurter Gasthaus Zum Schildchen

Das waren Fragen, die im Mittelpunkt des ersten EAK-Stammtischs standen, zu dem der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen am Montag, dem 7. Oktober 2013 in das Erfurter Gasthaus „Zum Schildchen & Zum Eisernen Handschuh“ einlud.



Eine lebhaft diskutierte entspannt sich nach den einführenden Worten des früheren Thüringer Kultusministers Prof. Dr. Michael Krapp. Er erinnerte daran, dass der Beginn der Reformation alles andere als tolerant war. Luther ermahnte seine Mitstreiter zwar stets zur Gewaltlosigkeit, aber Duldung, Achtung oder gar Respekt gegenüber der römischen Amtskirche waren ihm fremd. Er konnte sich das Ne-

beneinander unterschiedlicher Glaubens- und Wahrheitsvorstellungen nicht vorstellen.

Auch in unserer Zeit fällt es Menschen schwer, das Anderssein ihrer Nachbarn zu akzeptieren. Es mit Gleichgültigkeit zu übergehen, ist kein Zeichen von Toleranz. Toleranz verlange, so Dr. Krapp, einen festen eigenen Standpunkt, der allein die Souveränität verleiht, respektvoll mit anderen Lebensgewohnheiten, Sitten und Bräuchen umzugehen. Dabei muss auch vom Gegenüber Respekt und Achtung erwartet werden können. Toleranz kommt dann an ihre Grenzen, wo sie auf Intoleranz trifft.

Die muntere Runde mit diskussionsfreudigen Teilnehmern bedachte im eindrucksvollen historischen Ambiente des Gasthauses, und von der Wirtin kulinarisch aufmerksam betreut, vielfältige Fragen des Miteinanders von Christen unterschiedlichen Bekenntnisses, von Christen und Muslimen und auch von Christen und (nicht immer toleranten) Atheisten in unserem Land.

Sie waren sich einig, dass kein Weg daran vorbei führt, Konflikte offen und partnerschaftlich auszutragen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, die auch die kulturellen Wurzeln unserer Gesellschaft respektieren. Der oft geschmähte Begriff der Leitkultur könnte dabei sogar ein Leitfaden sein.



Dem ersten Stammtisch des EAK in Erfurt sollen im kommenden Frühjahr weitere folgen. Jena, Gera, Nordhausen und Suhl sind als Treffpunkte anvisiert. Der Landesvorstand freut sich über Mitstreiter, die ihn bei der Organisation und Themenfindung unterstützen.

Die Suche nach dem Familien-Leitbild

Debatte um Familienpapier der EKD reißt nicht ab

von Prof. Dr. Jens Goebel, Landesvorsitzender der Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

„Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ ist der Titel einer Orientierungshilfe der EKD, um die sich seit ihrer Veröffentlichung am 19. Juni 2013 eine intensive Debatte entsponnen hat. Sie reißt bis heute nicht ab. Das ist verständlich, denn das Thema beschäftigt viele und betrifft jeden. Noch nie war die Vielfalt partnerschaftlicher Gemeinschaften so

groß wie heute. Viele Formen des Zusammenlebens, die inzwischen

Ob der vorgelegte Bericht die an ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, ist ein Kernpunkt der Debatte.

gesellschaftlich akzeptiert und rechtlich geschützt sind, standen noch vor wenigen Jahren eher am

Rand der Gesellschaft. Was ist in diesem Zusammenhang gut, was ist richtig, was ist gottgefällig? Das sind Fragen, auf die es für evangelische Christen keine einfachen Antworten gibt.

Dass die EKD eine Kommission eingesetzt hat, die Antworten suchen sollte, ist verdienstvoll. Dass die Antworten neue Fragen aufwerfen, war vorhersehbar. Ob der vorgeleg-

te Bericht die an ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, ist ein Kernpunkt der Debatte.



Jens Goebel

„Orientierungshilfe“ heißt das Papier. Es lässt die Frage offen, wer darin Orientierung suchen soll. Mit seinen einhundertsechzig Seiten überfordert es manchen Leser. Ein großer Teil der Ausarbeitung ist einer kritischen Bestandsaufnahme gewidmet und beleuchtet Kernfragen des Familienlebens von der

Handlungsrahmen für Politik und Sozialverbände vorgegeben

Kindererziehung bis zur Pflege bei Krankheit und im Alter, von der Erwerbsarbeit bis zu einem liebevollen Miteinander, betrachtet werden die soziale Situation und der ethnische Hintergrund der in Deutschland lebenden Familien. Die Beschreibungen sind umfassend und zeigen den Handlungsrahmen und die Verantwortung von Politik und Sozialverbänden auf. Der Bericht bezieht Position zu Fragen, die in der politischen Debatte um familienunterstützende Maßnahmen eine Rolle spielen. Das derzeitige Ehegattensplitting und das neue Betreuungsgeld kommen da nicht gut weg.

Leitbild für eine christliche Familie in unserer modernen Gesellschaft

Das alles war zu erwarten und ist nicht eigentlich der Zündstoff für eine lang anhaltende und vielfach

kritische Auseinandersetzung mit dem Papier. Im Zentrum der Debatte steht vielmehr die Frage nach dem Leitbild für eine christliche Familie in unserer modernen Gesellschaft. Da fallen die Antworten eher schmal und wenig konturiert aus. Offensichtlich hat die Autoren in dieser Frage der Mut verlassen. Sie zitieren gleich zu Beginn und dann noch mehrfach das Gotteswort aus der Schöpfungsgeschichte (1. Mose 2,18). „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein sei.“ Aber es geht im Weiteren nicht um die lebenslange Beziehung von Frau, Mann und Kindern, um Familie also wie sie im Schöpfungsbericht abgebildet wird, und wie wir sie zum größten Teil selbst kennengelernt haben und selbst leben.



Umstrittenes Papier

Es wird vielmehr unterschiedslos die Vielfalt der Lebensformen in verantwortlicher Gemeinschaft betrachtet, die alle gleichermaßen wertvoll sind. Die einfache Botschaft lautet: fühle Dich wohl, alles ist richtig und gut. Da bleibt wenig, was Christen Orientierung bieten könnte.

Fehlendes Bekenntnis zu einem theologisch begründeten Familienbild

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen hatte sich bereits wenige Tage nach der Veröffentlichung am 23. Juni in einer ersten Stellungnahme kritisch zu dieser Grundtendenz der Orientierungshilfe positioniert. Nicht bei Orientierung zu Fragen von Ehe und Familie helfe

sie, sie führe vielmehr in die Orientierungslosigkeit lautete eine erste Einschätzung. Ein zentraler Punkt der Kritik war schon damals das fehlende Bekenntnis zu einem theologisch begründeten Familienbild. In der Diskussion der letzten Monate blieb dies ein Kernpunkt der Kritik.

Es bleibt die Hoffnung auf ein evangelisches Leitbild

Es ist erfreulich, dass die Differenziertheit der Debatte nun auch durch die EKD wahrgenommen und reflektiert wird. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Dr. Nikolaus Schneider, räumt weiteren Erklärungsbedarf ein. Bei einem von der EKD Ende September veranstalteten Symposium äußerten sich theologische Fachvertreter kritisch. Eingefordert wurde ein Leitbild, das respektvoll mit unterschiedlichen Lebensformen umgeht, in dessen Zentrum aber die auf lebenslange Dauer angelegte, umfassende Lebensgemeinschaft von Mann und Frau steht, die Raum dafür bietet, dass Kinder in Geborgenheit und Freiheit aufwachsen können. Ein solches Leitbild bietet Raum für andere Formen des Zusammenlebens, macht aber zugleich deutlich, welcher Lebensform die besondere, zentrale Rolle zukommt. Die Debatte wird auch in Zukunft weiter gehen. Es bleibt die Hoffnung, dass am Ende doch noch ein Familienleitbild steht, das einen nachvollziehbaren Schriftbezug hat, eben ein evangelisches Leitbild. Damit wäre dann tatsächlich Orientierung gegeben.

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September zeigt immerhin, dass viele Wählerinnen und Wähler einer Politik Vertrauen entgegen gebracht haben, die ein solches klares familienpolitisches Leitbild besitzt. Für die christlich orientierte Union spielen Ehe und Familie eine

besondere Rolle – nämlich als Fundamente der Gesellschaft. Zugleich schließt sie jede Diskriminierung anderer Formen der Partnerschaft aus. Die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting, die Einführung eines Teilerntgeldes für berufstätige Eltern waren Themen, die in der politischen Debatte während des Wahlkampfes eine wesentliche Rolle gespielt haben. Mit dem Betreuungsgeld konnten bereits Freiräume für Familien mit kleinen Kindern geschaffen werden, damit diese ihr

Familienleben nach ihren eigenen Wünschen gestalten können. Aber

Für die Union spielen Ehe und Familie eine besondere Rolle

auch der rasche weitere Ausbau der Bereuungsinfrastruktur für die Jüngsten wird voranschreiten. Eltern müssen selbst entscheiden können, wie sie ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden. Dazu ist es erforderlich, dass es

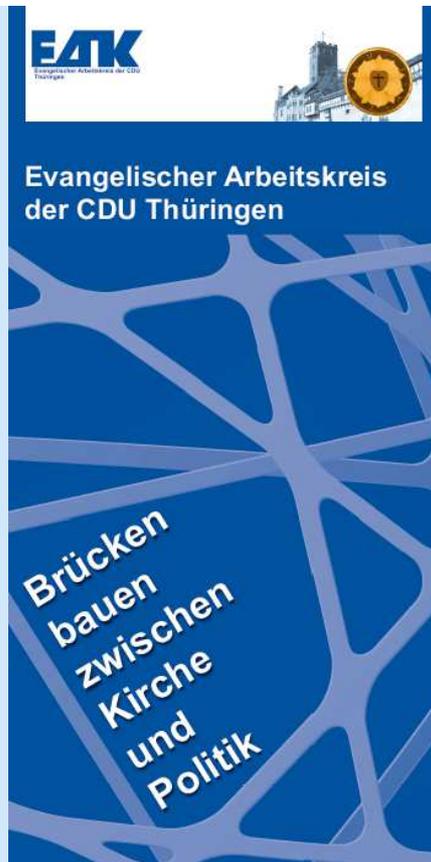
nach dem Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nicht zu Nachteilen kommt und auch der berufliche Aufstieg ermöglicht wird.

Solche klaren Positionen werden die Familienpolitik der nächsten Bundesregierung bestimmen, weil es die Menschen in unserem Land so wollen. Auch das ist ein Beitrag zur Debatte um ein modernes Familienleitbild.

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten



die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Stra-

ßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet.

■

Ein Blick zurück: Bildung bei Meister Eckhart

Der Begriff „Bildung“ – zentraler Grundbegriff der deutschen Pädagogik – ist theologischen Ursprungs. Es war ein gebürtiger Thüringer, der Mystiker Meister Eckhart, auf den der Begriff „Bildung“ zurückgeht, den es übrigens bis heute so in keiner anderen Sprache gibt. Vom Gedanken der Gottes-ebenbildlichkeit des Menschen her ist „Bildung“ für Meister Eckhart das mystische Bestreben, das wahre Bild Gottes in sich selbst, in der eigenen Seele immer weiter aufzunehmen, letztlich abzubilden. Bildung also als „Einbilden“ des Bildes Gottes in die Seele des Menschen. Im Original von Meister Eckhart: „scintilla animae“.

Dieser Gedanke hatte in seiner Zeit, im „Herbst des Mittelalters“, – wie der Historiker Johan Huizinga diese Epoche nannte – eine progressive Bedeutung. Denn im Unterschied zur mittelalterlichen Scholastik beinhaltete dieses Bildungsverständnis eine relative Autonomie des Menschen gegenüber der Gottesvorstellung. Der Mensch scheint bei Eckhart als das zentrale Subjekt auf, dem alle bildnerischen Bemühungen zu gelten haben. Hier nimmt er schon die Subjektivität der Neuzeit vorweg. Tatsächlich geht die deutsche Bildungsidee eines Herder, Humboldt und Hegel auf Meister Eckhart zurück.

In der Nachfolge Meister Eckharts wurde „Bildung“ zum Zentralbegriff der sich entwickelnden Pädagogik. Dabei ist Eckharts Bildungslehre wesentlich auf die Bildung des inneren Menschen bezogen. Er fordert – in seiner durchgehend christlich geprägten Umwelt – aber nicht ein kontemplatives Verharren in der Freiheit Gottes, sondern eine aktive Zuwendung zur Welt: Auf-

grund der erfahrenen Bildung soll der Mensch zum praktischen Tun des Guten in der Welt angehalten werden. Bildung geschieht bei Eckhart ebenso von außen durch Gott, wie auch von innen durch die aufbrechende eigene Bewegung – eine Hinwendung zur Welt und nach christlichem Verständnis durch sie auch zu Gott. „Mein Auge und Gottes Auge, das ist ein Auge und ein Sehen und ein Erkennen und ein Lieben“. Dieser Satz von Meister Eckhart offenbart die radikale dogmenüberschreitende Tiefe seines Bildungsverständnisses, nämlich im Sinne von – wie er sagt – „Ein-Bildung“ oder Herausbildung des Einen in der Erkenntnis, dass Mensch und Gott und alle Dinge immer schon Eines waren.

Meister Eckhart wurde um 1260 in Hochheim bei Gotha geboren. Ab 1294 war er im Dominikanerkloster in Erfurt. Um 1298 wurde er Prior des Erfurter Klosters und Vikar der Dominikaner in Thüringen. Von 1303 bis 1311 war er Provinzial der Ordensprovinz Saxonica, bestehend aus 47 Konventen, mit Sitz in Erfurt. Man hat Meister Eckhart auch als „christlichen Platon“ bezeichnet. Meister Eckhart hat einen Bezug zu Thüringen, und er ist der Urheber des Begriffs „Bildung“. Eckharts Bildungsbegriff thematisiert den Menschen mit seinem besonderen Verhältnis zu Gott.



Nicht nur der Begriff „Bildung“ an sich ist von Eckhart geprägt, auch wesentliche Merkmale des Bildungsganges finden sich bei ihm. Eckhart selbst versteht sich nicht als abgehobener scholastischer

Lesemeister, sondern als praktischer Lebemeister: Es geht ihm darum, dass sein Ideal vom gebildeten Menschen so in das Leben gestellt wird, dass es wieder Leben erzeugt. Die Praxis ist ihm wichtiger als die Theorie. Eckhart fordert die Zuwendung zur Welt als ein unabdingbares Element der wirklichen Erfahrung der Einheit mit Gott. Warum ist Meister Eckharts Bildungsverständnis bis heute aktuell? Wir wissen nicht, wie die Welt morgen aussieht. Wir haben uns aber zum Ziel gesetzt, durch Bildung den Menschen mit der Fähigkeit auszustatten, in der Welt von morgen zu leben. Früher lagen die Schätze der Industriegesellschaft unter der Erde, heute liegen sie in den Köpfen der Menschen. Es genügt jedoch nicht, wenn die Schule nur Kulturtechniken vermittelt. Unsere Schulen in Thüringen haben sich ein weit ehrgeizigeres, weil höheres Ziel gesetzt. Sie vermitteln Wissen und Werte. Unsere Schulen geben Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens, sie geben Halt und Orientierung, sie bieten Wertmaßstäbe moralisch-ethischen Handelns an. Wobei die Schule allerdings nicht wettmachen kann, was Eltern versäumen. Daher setzen wir in Thüringen alles daran, die Kraft der Familie zu stärken.

Bildung ist also weit mehr als bloße Ausbildung, sie erfasst den ganzen Menschen. Wir haben ein ganzheitliches Verständnis von Bildung. Wir nehmen im Sinne von Meister Eckharts Mündigkeit den einzelnen Menschen in seinen individuellen und gesellschaftlichen Bezügen ernst und machen ihn nicht zum Objekt pädagogischer Programme.

(Auszug aus einer Rede des damaligen Thüringer Kultusministers, Prof. Dr. Jens Goebel, anlässlich der Verleihung des Meister-Eckhart-Briefs am 27. Mai 2005 in Erfurt)

Inklusion vom Kind her denken – Nicht alle Kinder sind gleich!

Der Parlamentarische Geschäftsführer und Bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Emde, im Gespräch mit dem Wartburg-Kurier

Herr Emde, als Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion begleiten Sie die Bemühungen um einen gelingenden gemeinsamen Unterricht seit vielen Jahren. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein?

Die weitestgehende Integration von Kindern mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten in den Unterricht der Regelschulen ist ein erstrebenswertes Ziel. Jedoch gab es in den letzten Jahren viel Unmut unter der Thüringer Eltern- und Lehrerschaft, weil vor Ort Dinge verlangt wurden, die mit gutem pädagogischen Gewissen nicht umgesetzt werden konnten.

Welche Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein?

Inklusion gelingt nur, wenn der gute Wille aller vorhanden ist, der Elternwille geachtet wird, das Personal qualifiziert wird, mehr Personal eingesetzt wird und die materiellen Bedingungen verbessert werden. Ich meine speziell die Doppelbesetzung mit Lehrkräften, die Berücksichtigung des Raumbedarfs, den Einsatz von Integrationshelfern und die Schaffung von Barrierefreiheit.



Inklusion: Fakten und kritische Überlegungen

„Die Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat dazu geführt, dass in Deutschland erneut eine heftige Diskussion über das gegliederte Schulsystem entbrannt ist. Von radikaler Seite wird dabei eine „grundsätzliche Unvereinbarkeit unseres ausgrenzenden und aussondernden Regel- und Sonderschulsystems mit dem Anspruch der Konvention auf vollständige Inklusion“ (Schumann) konstatiert. Ein Systemwechsel sei unabdingbar, die Auflösung aller Sonderschulen und spezieller schulischer Einrichtungen unumgänglich. ...

Eine nüchterne Betrachtung der UN-Konvention führt allerdings zu einem anderen Ergebnis. Das zentrale Anliegen der Konvention besteht darin, einen Bildungsanspruch für Kinder mit Behinderung zu garantieren; ein uneingeschränkter Zugang zur (schulischen) Bildung soll gesichert werden. Dieses Anliegen ist in der Tat von brennender Aktualität angesichts des Umstandes, dass weltweit Millionen von behinderten Kindern aus Bildungsprozessen ausgeschlossen sind. Für Deutschland gilt dies nicht. Ein Bildungsrecht für Menschen mit Behinderung existiert seit langem und ein Diskriminierungsverbot ist in der Verfassung fest verankert.

Auch wenn dies gern behauptet wird: Von einer Abschaffung der Sonderschulen ist in der UN-Konvention an keiner Stelle die Rede. Im Gegenteil: Es wird sogar ausdrücklich betont, dass besondere Maßnahmen, die behinderten Menschen gut tun, nicht als diskriminierend angesehen werden dürfen. Und auch der viel zitierte Artikel 24, Absatz 2b enthält lediglich, dass sich die Unterzeichnerstaaten zu einem inklusiven, das heißt für alle behinderten Kinder zugänglichem, wohnortnahem Bildungssystem verpflichten. ...“

(aus dem Vortrag von Prof. Dr. Bernd Ahrbeck, Humboldt-Universität Berlin, beim Forum der CDU-Landtagsfraktion „Inklusion als Selbstzweck – Möglichkeiten und Grenzen einer gelingenden Förderpädagogik“ am 22. Juni 2013 in Erfurt Mehr unter www.cdu-landtag.de → Service → Publikationen).

Was läuft schief an den Thüringer Schulen?

Derzeit wird im Freistaat ohne Rücksicht auf diese Gelingensbedingungen ein Mehr an Inklusion verlangt und mit brachialem Druck durchgesetzt. Dem guten Ziel der Inklusion wird somit ein Bärendienst erwiesen. Gelingende Inklusion darf die Kräfte der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und

Erzieher und aller anderen beteiligten Fachkräfte sowie der Mitschüler

und der Familien nicht überfordern.

Können Sie uns das an einem Beispiel erläutern?

Mit dem Druck, möglichst keine Kinder in Fördereinrichtungen einzuschulen, wächst auch der Druck zur Schließung von Förderschulen.

Förderschulen sind für uns aber integraler Bestandteil der Thüringer Schullandschaft. Wir stehen für ihren Erhalt und auch den Erhalt von Schulteilen an den Förderschulen, denn es wird immer Kinder geben, für die der Lernort Förderschule der bessere ist.

Was muss sich aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ändern?

Gelingende Inklusion bedarf eines behutsamen Vorgehens und nicht eines radikalen Einschnitts in ein funktionierendes Fördersystem. Im Mittelpunkt muss das Wohl des einzelnen Kindes – und zwar aller im Klassenverband unterrichteten Kinder – stehen. Da sind wir uns einig mit Eltern, Lehrern und der Wissenschaft.

Sie sprechen von den Eltern. Welche Rolle übernehmen diese in diesem Prozess?

Dem Elternrecht kommt eine hohe Bedeutung zu. Denn Eltern tragen

die Kernverantwortung für ihre Kinder. Aus diesem Grund dürfen die Entscheidungen über den Lernort des behinderten Kindes auch nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Sie müssen vielmehr im Sinne einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit den Förderpädagogen und allgemeinen Pädagogen mit einbezogen werden.

Was tut die CDU-Landtagsfraktion, um diesen Zielen näher zu kommen?

Am 22. Juni 2013 haben wir unter dem Titel „Inklusion als Selbstzweck – Möglichkeiten und Grenzen einer gelingenden Förderpädagogik“ einen Inklusionskongress im Thüringer Landtag ausgerichtet, um zum einen eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme vorzunehmen und zum anderen um Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die Professoren Bernd Ahrbeck von der Humboldt-Universität Berlin, Stephan Ellinger und Roland Stein, beide von der Julius-Maximilians-

Universität Würzburg, stellten dort unter anderem empirische Befunde zu Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten dar. Sie machten Chancen aber vor allem auch Grenzen schulischer Integration deutlich und zeigten, dass gerade Schüler mit emotional-sozialen Defiziten nicht immer vom gemeinsamen Unterricht profitieren.

Welche Schlüsse müssen daraus gezogen werden?

Wir setzen uns weiterhin für eine Offenheit in der Debatte darüber ein, dass Inklusion auch ihre Grenzen haben kann. Denn die Problemlagen in der Praxis sind vielfältig und die Gelingensbedingungen von Inklusion erschöpfen sich nicht in einer Erhöhung des Ressourceneinsatzes.

Herr Emde, wir danken für das Gespräch.

(Das Interview führte Dr. Detlef Baer)

Vom Kinde her denken – Ansatzpunkte guter Bildungspolitik

von Kirchenrat Marco Eberl, Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Schultiftung in Mitteldeutschland

„Mit jedem Kind, das Dir begegnet, ertappst Du Gott auf frischer Tat.“ Diese bildhaften Worte Martin Luthers illustrieren sehr schön die Grundzüge des christlichen Menschenbildes. Jedes Kind ist als Geschöpf und Ebenbild Gottes angenommen und geliebt. Alle Besonderheiten des Aussehens oder der Talente machen die Einzigartigkeit jedes Menschen aus. In aller Verschiedenheit hat Gott zu jedem einzelnen Kind bereits Ja gesagt und ihm die Freiheit und Hoffnung geschenkt.

Zugegeben, auch mit anderen anthropologischen Zugängen kann man



Marco Eberl bei der Herbsttagung 2012 des EAK in Erfurt

zu dem Ergebnis kommen, dass jedes Kind ein mit vielfältigen Talenten ausgestattetes und allein bereits durch seine Existenz wertvolles Wesen ist. Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es in jedem Falle, alle Kinder gleichermaßen

Wert zu schätzen sowie die vorhandenen Talente zu entdecken und zu fördern. Insofern ist zeitgemäße Pädagogik eine leistungsfördernde und bestärkende. Die bildungspolitische Aufmerksamkeit sollte deshalb den konkreten Ergebnissen des pädagogischen Wirkens – also auch dem Unterricht – gelten. Guten Unterricht als Kern einer Qualitätsentwicklung von Schule möglich zu machen, das ist der Maßstab einer verantwortlichen Bildungspolitik.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik wird – ganz wie die Pädagogik in den Kindertagesstätten und Schu-

len – eine ermöglichende, nicht eine anweisende sein. Durch Rahmensetzung und Entwicklungsanreize schafft diese Bildungspolitik Raum für die eigenverantwortliche Schule, die die Pädagogen als ihr persönliches Projekt wahrnehmen und weiterentwickeln können. Ich möchte Ansatzpunkte guter Bildungspolitik im Sinne der Fragestellung als kategoriale Bildungspolitik in den Dimensionen Freiheit, Verantwortung, Qualität, Pluralismus und Gerechtigkeit skizzieren:

1. „Ein freies Land braucht freie Schulen.“

Dieser zunächst funktionale Begründungszusammenhang des Paulskirchen-Abgeordneten Pauer impliziert selbstredend die Freiheit der Handelnden. In der Gegenwart beginnt die Freiheit bei der freien Entscheidung der Eltern für die Schulkarriere ihres Kindes und schließt die gleichberechtigte Wahlmöglichkeit aller gesetzlich vorgesehenen Schularten ebenso ein, wie den gleichberechtigten Zugang zu Schulen unterschiedlichen Profils oder unterschiedlicher Trägerschaft. Freiheit als Leitlinie von Bildungspolitik relativiert die Zentralsteuerung des Schulwesens z.B. durch die zentrale Besetzung von Lehrerstellen, die verpflichtende Schullaufbahnpflichtung oder die Schuleinzugsbezirke in den Kommunen. Sie stärkt die Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der Eltern wie auch der Mitarbeitenden in den Bildungseinrichtungen.

2. Freiheit ist nicht ohne Verantwortung denkbar

Dem Prinzip der Subsidiarität folgend, stärkt Bildungspolitik die Eigenständigkeit und Verantwortung vor Ort. Schulaufsichtliches Handeln wird stärker als Unterstützung bei der Schulentwicklung und

in der Überprüfung der Ergebnisse als Schulinspektion profiliert werden müssen. Bildungspolitik schafft Freiräume für pädagogische Entwicklung durch wachsende Eigenverantwortlichkeit der Schulen. Sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht erhalten die Schulleitungen weitergehende Entscheidungsspielräume.

3. Qualitätsentwicklung braucht die Evaluation der Ergebnisse schulischen Bildungshandelns sowie den Vergleich der Ergebnisse unter Berücksichtigung des Kontextes der jeweiligen Einzelschule.

Mehr Ergebnistransparenz schafft die Voraussetzungen für den Wettbewerb um die besten Ideen und erfolgversprechendsten Ansätze. Darüber hinaus sichert eine verantwortliche Bildungspolitik Kontinuität in der Schulentwicklung. Denn Schulentwicklung ist ein im Prinzip nie endender Prozess der Weiterentwicklung jeder Einzelschule, aber auch des gesamten Schulsystems. Dafür bedarf es der professionellen Begleitung der Schulen und der permanenten, an der Schulentwicklungsstrategie ausgerichteten Fortbildung der Mitarbeitenden.

4. Staatliches Bildungshandeln muss aktiv auf eine Vielfalt der konzeptionellen Angebote und der Trägerschaften zielen.

Das sieht bereits die Forderung des Grundgesetzes nach Bildungspluralismus vor. In Thüringen besuchen 90 Prozent aller Schüler staatliche Schulen, vielerorts gibt es keine Wahlmöglichkeit. Hier muss der Staat selbst seine Rolle relativieren. Monopolbildungen sind weder effizienz- noch qualitätsfördernd. Wenn bereits das gesamte Schul-

wesen unter staatlicher Aufsicht steht, sollte staatliches Handeln einer Monopolbildung in der Trägerschaft entgegen wirken.

5. Chancengerechtigkeit

Jedem Kind in Thüringen sollten unabhängig von seinem individuellen Leistungsvermögen gleiche Chancen eingeräumt werden. Dies wird durch eine gleichberechtigte Förderung aller Schularten und Trägerschaften strukturell sichtbar. Auf der Ebene des einzelnen Kindes zeigt sich Chancengerechtigkeit in einer bestmöglichen individuellen Förderung jedes Kindes; und zwar des hochbegabten ebenso wie des normalbegabten oder des Kindes mit sonderpädagogischen Förderbedarf.

Immer mehr Bildungseinrichtungen in Thüringen denken pädagogische Prozesse vom Kind her.

Damit das Thüringer Schulwesen weiter an Qualität gewinnen kann, bedarf es deshalb einer Ordopolitik, die sich an den Erfordernissen dieser Perspektive orientiert. Bildungspolitik vom Menschen her zu denken nützt den Schülern und den Schulen, stärkt aber auch den freiheitlichen und zivilgesellschaftlichen Kern unserer Gesellschaft.

Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland

Im Schuljahr 2013/2014 befinden sich 28 Schulen in Trägerschaft der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland und der Evangelischen Johannes-Schulstiftung. Insgesamt lernen 5000 Schülerinnen und Schüler an den Stiftungsschulen. Die Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland trägt 20 Schulen in Thüringen und Sachsen-Anhalt. An den elf Grundschulen, drei Regelschulen und sechs Gymnasien lernen mehr als 4300 Schülerinnen und Schüler. Die Stiftung zählt 530 Mitarbeitende.

Gute Schule in Thüringen: Die Union weiß wie es geht.

von Staatssekretär a.D., Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen



Kjell Eberhardt

Zugegeben, die Überschrift mag etwas provokativ sein, aber ein gesundes Maß an Selbstbewusstsein ist angebracht und sollte Mut für die Zukunft machen. **Bildung ist und war seit jeher der Schlüssel zum Erfolg.** Dies ist auch einer der Gründe, warum die Christlich Demokratische Union seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland immer wieder Verantwortung für Bildungspolitik übernommen und bewiesen hat, dass sie diese erfolgreich entwickeln und gestalten kann. Unter christlich-demokratischer Verantwortung hat sich die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 zu einer der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt entwickelt und ist ein Motor europäischer Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Nicht umsonst sind **Bayern, Thüringen und Sachsen Klassenprimus wenn es um die Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen geht.** Herausragende Bildungspolitiker der CDU haben die Weichenstellungen hierfür gelegt.

Die Thüringer Union hat sich im Jahr 1990 das Ziel gesetzt, erfolgreich Bildungsgeschichte zu schreiben und den Freistaat bildungspolitisch "fit" zu machen. Heute können wir mit Stolz feststellen, dass wir innerhalb der Länder der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze stehen und international mit Aufmerksamkeit in unserer Entwicklung begleitet werden. Die Erfolgsgeschichte ist dabei eng mit dem Föderalismus verbunden, denn im Rahmen bundesstaatlicher Verantwortung für den Bereich Bildung wäre vieles nicht möglich

gewesen. Erinnert sei nur an die wohnortnahe, eigenständige Thüringer Grundschule mit Hort und einem Ganztagsangebot in schulischer Verantwortung, sowie an den Aufbau der Regelschulen als Thüringer Modell, das Abitur nach 12 Schuljahren oder die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse unserer Lehrerinnen und Lehrer.

Was uns auszeichnet, ist der Blick auf das christliche Menschenbild, auf die Entfaltung der Begabungen des Einzelnen, auf seine Leistungsbereitschaft und den Willen zur Entfaltung seiner Persönlichkeit: Bildung eben nicht nur ihrer selbst Willen. Was uns auszeichnet, ist Bildungspolitik gemeinsam mit den Beteiligten zu gestalten und einen breiten Konsens für notwendige Entwicklungsprozesse zu erzielen. **Die Thüringer Union steht dabei für Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Kontinuität in der Bildungspolitik.** Für uns ist der langfristige Prozess der Entwicklung wichtiger, als der kurzfristige Einstieg in fragwürdige und nicht bewiesene Wege. Es mag sich vieles zum Experimentieren eignen, aber nicht die Bildungspolitik. Leidtragende wären dann immer die Heranwachsenden.

Gerade deshalb muss die Thüringer Union Bildungspolitik immer wieder im Fokus ihres politischen Handelns haben und den öffentlichen Diskurs zu den Idealen und Zielen ihrer Bildungspolitik führen. **Nichts ist sozial gerechter, als eine an Begabungen und Fähigkeiten orientierte Bildungspolitik,** die Heranwachsende fordert aber auch fördert und jedem die Möglichkeiten gibt, seine Talente zu entfalten.

Fit für die Zukunft bedeutet, dass die Thüringer Union ihr Angebot für eine erfolgreiche Bildungspolitik unterbreitet und gemeinsam mit allen Beteiligten diskutiert und dafür wirbt. **Verlässlichkeit und Kontinuität**

bedeutet dabei Bewährtes nicht in Frage zu stellen und an unserer wohnortnahen eigenständigen Grundschule genau so festzuhalten, wie an den Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen. Das heißt aber auch, unser differenziertes Schulsystem, dass unterschiedliche Bildungswege eröffnet, in hohem Maße durchlässig ist und zu allen Abschlüssen führt, weiterzuentwickeln und allen Bestrebungen nach der „einen“ Einheitsschule zu widersprechen. Es bedeutet Inklusion zu unterstützen und gleichzeitig ein Schulwesen weiterzuentwickeln, in dem Förderzentren und Förderschulen weiterhin einen festen Platz haben.

Gleichzeitig müssen wir uns den wichtigen Fragen der Zukunft stellen. So stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, unsere Lehrerkollegien zu verjüngen und jungen Menschen den Zugang zum Lehrerberuf zu ermöglichen. **Gelingen muss es, dass in Thüringen keine Unterrichtsstunden mehr wegen Mangels an Lehrern ausfallen.** Wir müssen Antworten auf die drängenden Fragen der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Digitalisierung unserer Welt auch im Bereich der Bildungspolitik finden. Integration und Inklusion mit Augenmaß, eine plurale Schullandschaft, in der die Schulen in freier Trägerschaft ein fester Bestandteil sind und eine Stärkung der dualen Berufsausbildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Handwerk und Industrie werden uns begleiten und neue, zeitgemäße Antworten einfordern. Seien wir uns sicher, wir können das. Die Union kann das. **Führen wir die Diskussion und gestalten so eine gute Zukunft im Interesse unserer Kinder und Familien!**

Impressum und Kontakt

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe:

Kirchenrat Marco Eberl

Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland, Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Kjell Eberhardt

Staatssekretär a.D., Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Prof. Dr. Jens Goebel

Dr. Detlef Baer